

10-Hauptamt
- Abtlg. Gremien und Zentrale Dienste -

Antrag Nr. 0545 / 2019 / SPD
 Anfrage Nr. _____ / _____ / _____

Thema: Einrichtung eines Stadteilwagens

VORLAGETERMIN: 01.06.19

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-LER am 5.9.19
durch 3.4.19

I. U.

DEZ.

IV

12/44
Oberbürgermeister
über den Herrn Oberbürgermeister

zum o. g. Vorlagetermin mit der Bitte um

- Abgabe eines Sachstandsberichtes (in session und Original)
- Abgabe einer Antwort auf Anfrage (in session und Original)
- Abstimmung mit _____
- Entsendung eines Berichterstatters
- Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

II. zdA / Wvl. 1.6.19

Anlagen/n

Mainz, 3.4.19
10.03.02 - Gremien und Zentrale Dienste
i. A.

Bentz

Stadtverwaltung Mainz Beigeordneter Dr. Eckart Lensch			
09. April 2019			
weiter an: <u>57-136</u>			
Kopie	→ Km.	Z w V	Bericht
Antwort Entwurf			Z.d.A.
Termin	<u>9. 27.05.</u>		

Aktz.: _____

AUSZUG

aus der Niederschrift über die Sitzung
des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg am 28.03.2019

Anträge

Punkt 2 Einrichtung eines Stadtteilladens (SPD) Vorlage: 0545/2019

Frau Krämer begründet ausführlich den Antrag, worauf eine kontroverse Diskussion entsteht.

Herr Lohmann sieht keinen Bedarf für eine solche Einrichtung und widerspricht einer Aufspaltung von Aufgaben, die originär ins Bürgerhaus gehören. Im Übrigen sei die Kostenfrage schwierig und noch nicht klar.

Herr Gillenberger fordert, das in Frage kommende Geld sinnvoller auf dem Lerchenberg einzusetzen.

Herr Kilb schlägt vor, den Antrag in eine Anfrage umzuwandeln unter Einbeziehung einer möglichen Errichtung der Ortsverwaltung im EKZ.

Herr Schimpf weist darauf hin, dass gerade für Menschen mit Migrationshintergrund ein solches Angebot niederschwellig wäre.

Herr Schladt sieht in einem Stadtteilladen im EKZ die Chance der weiteren Bürgereteiligung auch im Rahmen der Sozialen Stadt.

Herr Zorn verweist darauf, dass der Antrag eher mittelfristig anzusehen ist und Stadtteilläden bereits in Mombach und der Neustadt existieren.

Die Vorsitzende schlägt folgende Änderung des Antragstextes vor:

„Wir bitten die Stadtverwaltung, einen Weg zu finden für die Errichtung eines Stadtteilladens...“

Der so geänderte Antrag wird mehrheitlich beschlossen.

Zur Beglaubigung:


Schriftführung

I. _____

m. d. B. um Kenntnisnahme
 weitere Veranlassung

II. Z. d. A. / Z. d. lfd. A. / Wvl.: _____

Mainz, 03.04.2019

Im Auftrag:

TOP 2.Vorlage-Nr. 0545 / 2019Ortsbeiratsfraktion
Mainz-Lerchenberg

24. 2. 2019

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 28. 3. 2019**Einrichtung eines Stadteilladens im Einkaufszentrum**

Wir bitten die Stadtverwaltung, im Einkaufszentrum Mainz-Lerchenberg ein Ladenlokal anzumieten und darin einen Stadteilladen einzurichten,

- in dem Informationen über die Entwicklung und den Fortgang der Umgestaltungsmaßnahmen des Einkaufszentrums im Kontext der Sozialen Stadt abrufbar sind;
- in dem Sprechstunden des Quartiersmanagement angeboten werden könnten und in dem das Quartiersmanagement seine notwendige Präsenz im Fördergebiet zeigen könnte;
- in dem Sprechstunden des Jobcenters oder der Kammern angeboten werden könnten;
- in dem die Kirchen und andere soziale Institutionen und Organisationen des Stadtteils ihre Angebote präsentieren könnten und beraten könnten;
- in dem in der Nachfolge des Quartiersmanagements eine evtl. zu etablierende Gemeinwesenarbeit ihre Arbeit sozialräumlich verorten und bündeln könnte.

Zumindest für die Zeit, in der das Bürgerhaus als zentraler Ort der Verwaltung, der Vereine und der Institutionen und sozialen Organisationen und Einrichtungen nicht zugänglich ist, sollte ein solcher Stadteilladen diese Funktionen wahrnehmen.

Begründung

Die Begründung folgt den oben angeführten Spiegelstrichen.

- Bei allem, was im Stadtteil an Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt bereits realisiert wurde und jetzt auch durch die Zusagen der Fördergelder

erreicht werden soll - das Programm leidet unter der mangelnden Transparenz der Informationen über die Entwicklung und des Fortgangs der Umgestaltungsmaßnahmen des Einkaufszentrums als des Kerngebietes der Sozialen Stadt. Wo die sozialen Akteure im Stadtteil offensichtlich in diese Informationspolitik eingebunden sind - die Bürgerinnen und Bürger sind es nicht. Ein niedrighschwelliger Zugang zu diesen Informationen, der auch Bürgerinnen und Bürger einbinden könnte, die ansonsten keinen Zugang zu Informationen haben, wäre ein offenes Angebot vonnöten, das in einem solchen Stadteilladen realisiert werden könnte.

- Die Sozialraumanalyse macht deutlich, wie schwierig die Integration von Jugendlichen mit einer Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt durch Berufsberatung und Berufsqualifizierung ist. Diese Jugendlichen benötigen einen anderen Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Akteuren wie dem Jobcenter oder den Kammern. Der Großteil dieser Jugendlichen wohnt im Fördergebiet der Sozialen Stadt.
Ein solcher Zugang wären z. B. Sprechstunden des Jobcenters oder Beratungsangebote der Kammern in einer sozialräumlich vertrauten Umgebung vor Ort wie in einem solchen Stadteilladen im Einkaufszentrum.
- Soziale Organisationen und Kirchen decken jetzt bereits Beratungs- und Hilfebedarfe ab, die vor allem jene Bevölkerungsgruppen benötigen, die auch die Zielgruppen des Programms Soziale Stadt sind. Ihnen eine Möglichkeit eines niedrighschwelligem Zugangs zu solchen Beratungsangeboten in einem Stadteilladen zu geben, wäre im Vorfeld einer zu etablierenden Gemeinwesenarbeit von zentraler Bedeutung für die soziale Integration dieser Bevölkerungsgruppen.
- Eine solche Gemeinwesenarbeit ist in der Regel die Folge eines ausgelaufenen Förderprogramms; denn dass das Förderprogramm ausgelaufen ist, bedeutet nicht, dass die Entwicklung der Quartiere damit abgeschlossen wäre. Über die angestrebte Integration der Sozial- und Jugendarbeit im Stadtteil unter das Dach der von der Stadt finanzierten Gemeinwesenarbeit hinaus ist ein Ansatz erforderlich, der die Idee der Sozialen Stadt weiterentwickelt und die Aktivierung der Bewohnerschaft als zentrale Ressource der Entwicklung des Gemeinwesens betrachtet.
Eine solche Gemeinwesenarbeit könnte sich bereits jetzt in einem solchen Stadteilladen etablieren und seine Aufgabe in Kooperation mit dem Quartiersmanagement des Programms Soziale Stadt wahrnehmen.

Insgesamt gesehen bedarf es einer Anlaufstelle vor Ort, weil der lokale Bezug immer noch die beste Möglichkeit für die Menschen ist, Beratungs- und Hilfebedarfen gerecht zu werden, die sowohl mental als auch materiell keinen oder doch sehr erschwerten Zugang zu solchen Angeboten haben.

Für die SPD-Fraktion
Nicole Krämer